

In Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,00 Mk., einschließlich Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Bestandteile der Schriftleitung Nr. 1140: der Redaktions-Abteilung Nr. 170; der Redaktions-Abteilung Nr. 1132.

Land-Beilage.

Wachstumsreicher Jahrgang

werden die 6 getragene Kolonialste oder deren Raum mit 20 Hg., welche aus Halle mit 20 Hg. berechnet sind in anderen Anzeigenstellen und allen Anzeigen Stellen angenommen.

Schreibtisch und Konten-Geldscheine: Halle, G. Braunhandlung 17 Neuenhäuserstraße, Markt 24.

Mb. Deutscher Reichstag.

199. Sitzung, Sonnabend, den 24. Januar. Am Tische des Bundesrats: Niemand.

Die Beschlüsse der bewaffneten Macht. Zur Beratung liegen die Anträge, betreffend die Beschlüsse der bewaffneten Macht, den Waffenbesitz der Militärs und die Militärgerichtsbarkeit.

§ 1. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen nur auf Grund der zehnjährigen Dienstzeit verwendet werden. Sie fällt, in denen ein solches Ereignis zuzufinden ist, unter die Formen, in denen es zu erfolgen hat, bestimmt der Bundesrat.

§ 2. Innerhalb bleibt das Recht der bewaffneten Macht, die Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit gegen Angriffe und Störungen zu sichern.

§ 3. In den Fällen der §§ 1 und 2 ist der Gebrauch der Waffen, abgesehen von dem Gebrauch der Feuerwaffen, nur auf Befehl eines Angehörigen oder zur Überwindung eines durch Notwendigkeit oder gefährliche Drohung geleiteten Widerstandes.

§ 4. Die Bestimmungen über den Verlagerungsstand werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Ein von Kläuser und Kolen unterzeichneter Antrag (S. 10) lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: In Anbetracht 1. des durch das Vergehen des Obersten von Reuter in Italien entstandenen Konflikts zwischen der Militärbehörde und der Zivilverwaltung;

2. der Meinungsverschiedenheit zwischen der Militärbehörde und der Militärjustiz einerseits und dem Innerenministerium andererseits über die Militärgerichtsbarkeit im Reichsgebiet;

3. der Gefahren, welche für die öffentliche Sicherheit und Rechtsordnung, für die persönliche bürgerliche Freiheit aus dieser Meinungsverschiedenheit sich ergeben, die so groß ist, als für die Militärgerichtsbarkeit in den kaiserlichen Truppen teils andere Vorschriften;

den Reichstag zu ersuchen, baldigst einen beschleunigten Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Weisung der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsverwalt für das Reich einheitlich regelt und die Rechtsauffassung geltend vertritt, daß das Militär nur auf Acquisition der Zivilbehörde zu polizeilichen Zwecken verwendet werden darf.

Der Antrag der Sozialdemokraten erucht den Reichstag, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den unter Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit — die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine und die übrigen in § 1 der Militärgerichtsordnung für das Deutsche Reich genannten Personen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterstellt werden.

Ein Nationalliberaler Antrag (S. 10) lautet: Der Reichstag wolle beschließen: In Anbetracht 1. der durch das Vergehen des Obersten von Reuter in Italien entstandenen Konflikts zwischen der Militärbehörde und der Zivilverwaltung;

2. der Meinungsverschiedenheit zwischen der Militärbehörde und der Militärjustiz einerseits und dem Innerenministerium andererseits über die Militärgerichtsbarkeit im Reichsgebiet;

3. der Gefahren, welche für die öffentliche Sicherheit und Rechtsordnung, für die persönliche bürgerliche Freiheit aus dieser Meinungsverschiedenheit sich ergeben, die so groß ist, als für die Militärgerichtsbarkeit in den kaiserlichen Truppen teils andere Vorschriften;

den Reichstag zu ersuchen, baldigst einen beschleunigten Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Weisung der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsverwalt für das Reich einheitlich regelt und die Rechtsauffassung geltend vertritt, daß das Militär nur auf Acquisition der Zivilbehörde zu polizeilichen Zwecken verwendet werden darf.

§ 1. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen nur auf Grund der zehnjährigen Dienstzeit verwendet werden. Sie fällt, in denen ein solches Ereignis zuzufinden ist, unter die Formen, in denen es zu erfolgen hat, bestimmt der Bundesrat.

§ 2. Innerhalb bleibt das Recht der bewaffneten Macht, die Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit gegen Angriffe und Störungen zu sichern.

§ 3. In den Fällen der §§ 1 und 2 ist der Gebrauch der Waffen, abgesehen von dem Gebrauch der Feuerwaffen, nur auf Befehl eines Angehörigen oder zur Überwindung eines durch Notwendigkeit oder gefährliche Drohung geleiteten Widerstandes.

§ 4. Die Bestimmungen über den Verlagerungsstand werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Ein von Kläuser und Kolen unterzeichneter Antrag (S. 10) lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: In Anbetracht 1. des durch das Vergehen des Obersten von Reuter in Italien entstandenen Konflikts zwischen der Militärbehörde und der Zivilverwaltung;

2. der Meinungsverschiedenheit zwischen der Militärbehörde und der Militärjustiz einerseits und dem Innerenministerium andererseits über die Militärgerichtsbarkeit im Reichsgebiet;

3. der Gefahren, welche für die öffentliche Sicherheit und Rechtsordnung, für die persönliche bürgerliche Freiheit aus dieser Meinungsverschiedenheit sich ergeben, die so groß ist, als für die Militärgerichtsbarkeit in den kaiserlichen Truppen teils andere Vorschriften;

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Rp.) beantragt, auch den Antrag Weiermann sofort anzunehmen. Die Abgeordneten Weiermann (Rp.) und Hebenack (Zentr.) schließen sich an.

Abg. Dr. Haase (Soz.): Daß die Regierung die Resolutionen zur Wehrverfassung nicht beschleunigen, haben wir immer vorangetragen. Der Reichstag wird in immer von den Regierungen mit 5 gestritten werden.

Präsident Dr. Kaempff: Sie dürfen nicht davon sprechen, daß der Reichstag mit gestritten behandelt wird. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beschäfter Weisung 20.)

Abg. Dr. Haase (Soz.): Wir hatten andere Erklärungen von dem Abg. Hebenack erwartet. Jedenfalls ist aber das wichtigste, daß die Militärgerichtsbarkeit nur auf Acquisition der Zivilbehörde eingeschränkt darf. Wir werden deshalb auch für die Einsetzung eintreten. Unseren Antrag hat der Reichstagler aus sehr durchsichtigen Gründen dargestellt, als ob er ein revolutionärer Schritt wäre. Wir fragen, ob es nötig war, die bürgerlichen Parteien zu sichten und damit die Aufmerksamkeit abzuwenden von der Schuld der Regierung und der Parteien. Unser Antrag ist gut genug gestellt worden. Wir brauchen ihn daher nicht nochmals zu begründen.

Abg. Haase (Kluser): Es ist ersichtlich, daß der Reichstagler anerkannt hat, die Bestimmungen von 1870 vertragen sich nicht mit der Verfassung und dem Recht des Selbstbestimmens. Wir wollen aber den Tag nicht vor dem Abend lassen, der Gang der Verhandlungen hat uns schon erklährt. Wir wissen nicht, ob wir den schwachen Reichstagen in dieser Richtung wieder gewinnen. Wenn jeder Selbst sein Recht im Reichstag mit sich führt, so kann das nach Lage der Verhältnisse für uns verhängnisvoll werden.

Abg. Weiermann (Rp.): Die Erklärungen des Reichstagslers rufen in allgemeinen Beziehungen. Er hat in seinen Erklärungen, was Sie befehlen, und daß eine Fassung erfolgen werde. Das Ergebnis werde er uns mitteilen. Die Reichstagsfrage ist aber nicht zu beantworten, er hat anerkannt, daß im allgemeinen ein Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit nur auf Acquisition der Zivilbehörde erfolgen darf. Wohlwollend gibt er auch der feierliche Antrag zu. Ein Gedanke ist sonst für. Wir hoffen, daß die Entscheidung der Prüfung dem Reichstag baldmöglichst vorgelegt werden.

Der Zentrumsantrag sowie der nationalliberalen werden gegen die Stimmen der Rechten angenommen, die anderen einer Kommission von 21 Mitgliedern übergeben.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Rp.) beantragt Verlegung. Die Verlegung wird angenommen. (Beschäfter Weisung 20.)

Am 25. Januar, nachmittags 2 Uhr: Etat des Reichsanwalts des Innern.

Sitzung 11 Uhr.

Mb. Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 24. Januar.

Am Ministertisch: Herr v. Schorlemer. Präsident Graf von Schwerin-Waldau eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Der Landwirtschafts-Etat.

6. Tag. Eingeburtung.

Beim Antritt „Allgemeine Budget“ liegt ein Antrag der Budgetkommission vor, vom Jahre 1913 an erhöhte Mittel in den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung einzustellen, um in systematischer Weise den Gemüse- und Obstbau zu fördern.

Herrn beantragt ein Antrag Delius (Rp.) den Fonds zur Förderung des Obst-, Wein- und Gartenbaues“ um 105 000 Mk. auf 500 000 Mk. zu erhöhen.

Abg. Dr. Kahrenhoff (Freisinn.): Der Gehalt hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine nationale Bedeutung; er soll uns vom Auslande unabhängig machen. Dies gilt auch von Kartoffeln. Wir müssen den Kartoffelbau nach Möglichkeit leben und namentlich auch die Erzeugnisse für den Export befähigen, damit die Arbeiter, für die wenig Arbeit auf dem Lande ist, Beschäftigung finden.

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer: In den letzten Jahren ist unser Kartoffelbau ständig gewachsen, deshalb müssen wir danach streben, daß wir unter Kartoffeln auch längere Zeit erhalten können. Die Erzeugnisse haben schon eine große Bedeutung. Er haben nur den Fehler, daß sie zu teuer arbeiten. Es ist möglich ist, diese Apparate so zu konstruieren, daß sie billiger arbeiten, erdicht man sich nach Anschaffung. Ein neuer Apparat, der im Vorjahre vorgeschrieben wurde, hat sich antwortend nicht bewährt. Es ist möglich, daß das sogenannte Keimungsverfahren den Erzeugnissen wirksame Konkurrenz macht. Ich glaube nicht, daß der Eisenbahnverkehr für Kartoffeln einen großen Nutzen hat, da er nur für den Export von Kartoffeln als bisher gut Nützlich benutzt werden. Wenn dies geschieht, werden wir auch bezüglich der Futtermittel mehr und mehr vom Auslande unabhängig.

Abg. Kasse (Kons.): Ich tritt für eine nachdrückliche Förderung des Kartoffelbaues ein.

Abg. Huelcher (Zentr.): Ich beantragte gegen die Vermehrung des Kartoffelbaues gegen die Vermehrung des Kartoffelbaues zu schließen.

Abg. Herr-Winter (Rp.): Meine Ansicht, den die Budgetkommission aufgenommen hat, kann ich nur auf das Beste bestätigen. Seit der Reife der deutschen Landwirtschaftsleistung nach Holland ist das Interesse für Kartoffeln überall lebendig, so daß mit einer Steigerung der Produktion in der Zukunft zu rechnen ist. Reiter hat aber im Vorjahre die Ansicht von Gemüse und Obst wieder aufgenommen und nun eine Höhe von 130 Millionen erreicht. Gemüse und Obst haben durch Holland auch als bisher gefördert werden; das kann geschehen durch Ausschub, Staatshilfe und Staatskräfte. Für einen wichtigen Punkt, der die Produktion nicht zu sehr fördert, ist ein weiterer wichtiger Punkt bereit gestellt worden, um die nötigen Einrichtungen zu treffen, junge Leute im Auslande auszubilden zu lassen und Beschäftigung anzulegen. Ein wichtiges Gebotnis ist aber das, daß die Produktion der Gemüse und Obst nicht nur für den Export, sondern auch für die Konsumtion im Reich zu fördern ist. Ich glaube, daß die Produktion der Gemüse und Obst nicht nur für den Export, sondern auch für die Konsumtion im Reich zu fördern ist.

genommen und nun eine Höhe von 130 Millionen erreicht. Gemüse und Obst haben durch Holland auch als bisher gefördert werden; das kann geschehen durch Ausschub, Staatshilfe und Staatskräfte. Für einen wichtigen Punkt, der die Produktion nicht zu sehr fördert, ist ein weiterer wichtiger Punkt bereit gestellt worden, um die nötigen Einrichtungen zu treffen, junge Leute im Auslande auszubilden zu lassen und Beschäftigung anzulegen. Ein wichtiges Gebotnis ist aber das, daß die Produktion der Gemüse und Obst nicht nur für den Export, sondern auch für die Konsumtion im Reich zu fördern ist.

Abg. Dr. Kahrenhoff (Freisinn.): Keine Freunde werden den beiden vorliegenden Anträgen zu stimmen. Wir freuen uns, daß wir hier Hand in Hand mit den Fortschrittlichen gehen können und mit ihnen einen Ziele verfolgen. Einen Gemütsgehalt wollen wir im Gegensatz zu den Reformisten auch für nötig. Holland ist und bleibt im Gemüsebau weit voraus, aber ich habe nicht, insofern es um den Export nachkommen könnten. Hannover A. hat in seiner ganzen Bodenreform die Kulturhilfe mit Holland, auch sonst in Güte und Sprache. Ich bin gestern erst hier für einen Hollandergesellen worden. (Beifall.) Wir müssen aber den Fortschrittlichen folgen, die nicht nur Gemüse, sondern auch wichtige Kartoffeln sind und die geltenden Maßstab zu setzen wissen. Jetzt überfassen und die Hollandform mit Gemüse; dagegen müssen wir uns durch einen ausreichenden Zoll schützen.

Abg. Delius (Rp.): Ich beantrage, den Reichstag zu ersuchen, baldigst einen beschleunigten Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Weisung der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsverwalt für das Reich einheitlich regelt und die Rechtsauffassung geltend vertritt, daß das Militär nur auf Acquisition der Zivilbehörde zu polizeilichen Zwecken verwendet werden darf.

Abg. Kaul Hoffmann (Soz.): Die Konventionen können nur ein Ziel sein, das die Produktion nicht zu sehr fördert, ist ein weiterer wichtiger Punkt bereit gestellt worden, um die nötigen Einrichtungen zu treffen, junge Leute im Auslande auszubilden zu lassen und Beschäftigung anzulegen. Ein wichtiges Gebotnis ist aber das, daß die Produktion der Gemüse und Obst nicht nur für den Export, sondern auch für die Konsumtion im Reich zu fördern ist.

Abg. Linder (Freisinn.): Ein Zollschutz für Gemüse und Obst würde ein Anzeichen für die großen sozialen Kosten sein, den die landwirtschaftlichen Produzenten aufzubringen haben. Auch die Interessen der Handelsgüter müssen geschützt werden. Selbsthilfe allein genügt nicht. Die Erhebungen des Verbandes der Obst- und Gemüsebauern werden die Förderung durch die Staatshilfen.

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer: Auf dem Gebiete des Obstbaues sowie des Gemüse- und Gartenbaus und ganzes in den letzten 10 Jahren nicht unbedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Es geht sich, daß die Bevölkerung sich auch an diesen Erwerbseigenen mehr gewöhnt und lieb genommen hat. Die Staatsausgaben haben sich in diesen Jahren mehr als verdoppelt. Ich habe auch eine Vermehrung dieser Mittel durch den Staat zu verzeichnen. Ich habe nur davon gesagt, zu erst mit einer Vermehrung vorzugehen, um es bei diesem Vertriebswege sich vor allem darauf handelt, die Bevölkerung entsprechend aufzuklären und sie in diesen Muthen besser als bisher zu unterstützen. In der Ausbildung der landlichen Bevölkerung einschließlich der Arbeiter im gartenmäßigen Betriebe ist bisher nicht zu vernachlässigen. Das gartenmäßige Unterrichtsmaß muß ausgebaut werden. Daher will ich anfragen, daß zunächst an den landwirtschaftlichen Winterkulturen besondere Maßnahmen für Obst- und Gemüsebau einberufen werden. Diesen Verbänden sollen auch die Gartenbauausstellungen dienen, deren Einrichtung bei den Landtagskammern ich durch meinen Erlaß im vorigen Jahre angedeutet habe.

Dieser Erlaß ist auf vorbereiteten Gartenbauvereinen vorgelegt worden, um eine Verwirklichung der Schritte zu verhindern. Da sich im gartenmäßigen Bereich das Vertrauen zum Geschäft eigener Gartenkulturen geltend macht. Ich bin auch dadurch in meinen Entschlüssen bekräftigt worden, daß ein großer gartenmäßiger Verband sich gegen eine sozialdemokratische Richtung gestellt hat. Dies ist der Grund, weshalb ich bei meinen Mitteilungen den Verband nicht vernachlässigt habe. Die Förderung sozialdemokratischer Interessen führt nicht den Staatsinteressen voraus. (Zustimmung rechts.) Der Antrag, die Direktoren und Lehrer von Winterkulturen zu ihrer Ausbildung nach Holland zu entsenden, werde ich gerne Folge geben, da auf diesen Gebieten in Deutschland nicht mehr ist. Die Gartenbauvereine müssen sich noch mehr als bisher genossenschaftlich organisieren, um den Verlust, der teilweise bis zu bisher im Augen liegt, zu fördern. (Beifall.)

Abg. Wollenborn (Zentr.): Der Gemüse- und Obstbau muß durch vermehrte Zollschutz und durch Erhaltung von Gartenbauausstellungen bei den Landtagskammern gefördert werden.

Abg. Reil (Kons.): Durch die hohen Preise hat der Obstbau, namentlich in der Provinz Sachsen, stark gelitten. Eine staatliche Beihilfe können die kleinen Betrübe nicht mehr, auch die Betrübe können. Die Regierung sollte sich ihrer annehmen. (Beifall.)

Abg. Herr v. Wolff-Petersen (Zentr.): Der Weinbau geht zurück. Die Kosten der Erzeugung sind immer mehr gestiegen. Auch die Rauschmittel der Eisenbahnen wirkt auf die Weinbauwirtschaft schädlich ein.

Abg. Veltin (Zentr.): Den Schutz der Reben vor der Frostschaden zu erhöhen ist ein wichtiger Punkt, der die Produktion nicht zu sehr fördert, ist ein weiterer wichtiger Punkt bereit gestellt worden, um die nötigen Einrichtungen zu treffen, junge Leute im Auslande auszubilden zu lassen und Beschäftigung anzulegen.

Parteinachrichten.

Der fortschrittliche Führer Hg. Dr. Biemer über die letzte Reichsantragsrede. Der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Dr. Biemer, hatte die Freundlichkeit, sich einem unserer Mitarbeiter über die Reichsantragsrede wie folgt zu äußern: Die Rede hat uns eigentlich nur in ihrem ersten Teile befriedigt. Da befindet sich manches, was man sehr wohl unterschreiben kann. Besonders glücklich waren seine Ausführungen gegen den Freudenbund und über die Einigkeit und Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme und die Zurückweisung der bekümmerten Angriffe: es ist gut, daß dies von dieser Stelle aus einmal gesagt wurde. Weniger befriedigend indes war der zweite Teil der Rede. Es ist eigentlich bedauerlich, daß er von dem höheren Niveau des ersten Teiles zu einer gemäßigten Parteipolitik hinabfiel, die sich zwar zunächst hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie, dann aber auch gegen die bürgerliche Linke richtete; letzteres wohl, um die Konserwativen sich günstig zu stimmen. Denn Angriffe auf die liberale Presse verlegen natürlich auch uns. Und so haben wir denn die Angriffe des Reichstanzlers auf die liberale Presse verkehrend empfunden. Wir wissen eigentlich gar nicht, was dieser Vorwurf, daß die Presse ausnahmsweise Preßstimmen äußere, eigentlich bedeuten soll, da doch die Regierung selbst häufig mitunter verwendet und die Preßstimmen doch von den offiziellen Telegraphenbüreau zusammengestellt zu werden pflegen. Diese ganze Parteipolitik mir recht überflüssig. Material hat der Herr Reichstanzler eigentlich recht wenig geliefert, insbesondere vermisse ich jede Mitteilung darüber, in welcher Weise eigentlich jene Nachprüfung der militärischen Dienstvorchriften und zumal der Kabinetsvorber von 1820 noch richtig soll. So ist der Eindruck der Kanzlerrede, wie ja früher auch schon, ein zwiespältiger.

Hof- und Personalmachrichten.

Die Verlobung des Erbprinzen von Thurn und Taxis mit der 17jährigen Erzherzogin Hedwig, einer Enkelin des Kaisers Franz Josef und Tochter des Erbherzogs Franz Sigmund, wird in den nächsten Tagen erfolgen. Auszeit befindet sich der 25jährige Prinz mit seinen Eltern zum Besuch im Schloß Schönbrunn bei Wien.

Generalleutnant Wendemann? In Hebelberg ist Generalleutnant A. Wendemann gestorben. Der Dahingegangene war lange im Generalstab und von 1898 bis 1902 Chef des Generalstabes des II. Armeekorps in Götting. Am 22. März 1892 wurde er Kommandeur des Grenadier-Regiments Nr. 5 in Ludwig und zwei Jahre später Kommandeur der 61. Infanterie-Brigade, aus welcher Stellung er unter Verleihung des Charakters als Generalleutnant in den Ruhestand übergetreten ist.

Ausland.

Neue Gerüchte vom Niedrit v. Höhendorffs. Aus Wien meldet der Draht: Neuerdings zirkulieren Gerüchte von dem baldigen Verabschieden des österreichischen Chefs des Generalstabes Konrad v. Höhendorff. Er soll, wie es heißt, zum Armeinspektur mit erweiterten Funktionen ernannt werden, und zwar soll er mit der speziellen Inspektion der Infanterie- und Jägertruppen betraut werden.

Der Immunitätsauspruch des ungarischen Abgeordnetenshauses verhängte neue Widersprüche gegen den Präsidenten über den Grafen Julius Andrássy eine lästige Ausschließung von den Sitzungen und befähigte dieselbe Strafe gegen den Grafen Adlar Jáchy und Johann Jáchy und erstellte dem Abgeordneten Ludwig Bed, der trotz seiner Ausschließung im Abgeordnetenhause erschien, eine Rüge zu Protokoll.

Die Verabigung des Quartals. Sonnabend vormittag fand das feierliche Verabigungsgeschehen des Generals Quartals auf Staatskosten in Paris statt. Präsident Carnot war persönlich zugegen, als der Sarg mit dem Entschlafenen auf dem Nordbahnhof eintraf.

Ein neuer Bonaparte. Wie uns der Draht aus Brüssel meldet, hat die Prinzessin Viktor Napoleon, geborene Prinzessin Clementine von Belgien, Freitag vormittag ihrem Kranken das Leben geschenkt. Prinz Viktor Napoleon, der im 52. Lebensjahre liegt, ist das Haupt der konservativen Bonapartisten. Er hat seine Gemahlin erst zum Altar führen können als König Leopold, der dieser Ehe sich widersetzte, die Augen schloß. Jetzt ist den Bonapartisten der erste Erbe geboren worden.

Der Streik der Londoner Kohlenräger und -Subreule nimmt immer größeren Umfang an. Es feiern schon mehr als 15 000 Mann, und es ist in London fast unmöglich, Kohle zu bekommen. Bei dem fortwährenden strengen Winterwetter verurteilt der Kohlenmangel, besonders bei dem ärmeren Teil der Bevölkerung sowie in Spitälern und Armenhäusern bittere Not. Eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse der Gewerbetreibenden der Kohlenräger und -Subreule beschloß, sämtliche Erlaubnisheine für Kohlenlieferungen aufzuheben, auch die für Spitälern und ähnliche Anstalten. Den Vertretern dieser Anstalten, die im Namen der Menschlichkeit bringen um Genehmigung der Kohlenlieferungen baten, wurde dies kategorisch abgeschlagen. Vertreter von Wissenschaftlern erklärten, daß abdam Hunderte von Kindern frieren mußten. Die Streikretreter erwiderten, ihre eigenen Kinder müßten auch frieren. Es handelte sich um Krieg bis aufs Messer.

Ausperrung der Bauarbeiter in London. Sonnabend ist in London die Ausperrung der Bauarbeiter durch die Bauwerke erfolgt. 5000 Mann verließen die im Bau begriffenen Gebäude unter Mitnahme ihres Handwerkszeuges.

Provinzial-Nachrichten.

Die entführte Rumänin. Dresden, 23. Januar. Die Entführung der hiesigen Rumänin Tochter des rumänischen Obersten Argentinu durch den angeklagten Setzungsdirektor Fortunescu, über die schon berichtet wurde, hat eine eigenartige Vorgeschichte. Die Mutter des jungen Mädchens fuhr vor einigen Tagen aus ihrer Heimat Rumänien nach Dresden, um ihre Tochter, die in einem Pensionat untergebracht ist, zu besuchen. Auf der Reise lernte sie den bald in rumänischer Besichtigung trat. Die beiden logierten gemeinsam in einem Dresdener Hotel, wo die Mutter am nächsten Tage ihre Tochter dem neuen Reisebekannten vorstellte. Dieser wandte sein Interesse nun bald der Tochter zu und entloft mit ihr am dritten Tage der Befreiung. Der Aufenthalt des jungen Paars ist noch immer unbekannt. Die Polizei glaubt auf das Bestimmteste, das Fortunescu ein Mädchenhändler ist und daß er die Tochter mit der Mutter nur begann, um sich der Tochter zu bemächtigen.

Merseburg, 24. Jan. (Merseburger Kunstfest.) Im Situationsbericht der Kgl. Regierung hier trägt am Freitagabend unter Vorsitz des Regierungs-Präsidenten v. Gerold die Kunstfest-Kommission, Regierung- und Bauat Bebrndt erstattete den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl beträgt 118. Die Ausstellung wurde von 125 Vereinen besucht, darunter 448 Vereine. Zur Ausstellung gelangten Bilder im Werte von 200 000 M., verkauft wurden dagegen nur für 438 M. Der ganze Bericht hat rein befriedigendes Ergebnis. In der Vorstandssitzung hat der Herr Regierungs-Präsident v. Gerold, der Bauat Bebrndt, Reg.-Rat Knoblauch wieder resp. neugewählt. Der Haushaltsplan für das neue Jahr balanziert sich in Einnahme und Ausgabe mit 900 M. Für unmittelbare Ausstellungszwecke wurden 750 M. vorgezogen. Es setzte eine lebhaft Debatte darüber ein, ob man den Verein auflösen oder bestehen lassen soll. Die aufgewandten Mühen stehen in keinem Verhältnis zu der geringen Teilnahme, namentlich für die ausstellenden Künstler bedeute das geringe Interesse eine Schädigung und Beeinträchtigung in ihrem Fortkommen. Man einigte sich dahin, den Verein nicht aufzulösen, sondern nochmals einen Versuch zu machen.

Hildesheim, 23. Jan. (Das gesamte Offizierskorps des 8. Infanterie-Regiments.) General-Feldmarschall Graf v. Scholtz (Wag.) hat die 30 in Hildesheim und Bernburg hat die ihm leitens des Militär-Vereins ehemal. 3er Lützen und Umgegend angetragene Ehrenmitgliedschaft dankend angenommen. A. Weihenfeld, 24. Jan. (Weihenfeldenes.) Auf der Bahnhofs-Weihenfeld-Zeit wurde der Arbeiter Transformatio aus Leuchten tot auf den Schienen aufgefunden. Vermutlich liegt Selbstmord vor. Dem Eisenbahn-Beamten in Göttingen wurde in anlässlich seiner heutigen goldenen Hochzeit ein feierliches Gedächtnis von 50 M. erteilt geworden. — Der Oberkassierer Hofmann brach gestern beim Gelauf den rechten Unterschenkel. — Unschuldig in Folge Selbstmordtätigung ist auf der Grube „Kollert“ bei Trebnitz ein unterirdischer Kohlenbrand ausgekommen. Da einige Feuerlöcher vergeblich kämpften, wird nichts anderes übrig bleiben, den Luftzug zu schließen, um dem Feuer den Luftzugang zu nehmen.

Delitzsch, 23. Jan. (Hildesheim.) Mit einem Betrage von 500 M. ist gestern mittag der 17jährige Kontorbedienter K. des Kaufmanns F. Hildesheim geworden. A. war beauftragt, bei dem Bankhaus Schaeffle & Co. die genannte Summe abzugeben, lieferte sie jedoch nicht ab, sondern fuhr damit nach Halle. Bisher ist es noch nicht gelungen, den Flüchtling habhaft zu werden.

W. Wittenberg, 23. Jan. (Münzangelegenheiten.) Kinderheilkunde. Von den Neubildungen in Sachsen sind die unternommenen Geldstücke die Münzen sind aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, und zwar handelt es sich um böhmische und um Prager Groschen — Auf Magistratebeschluss wird das Grundstück für die Kinderheilkunde auf der Nonnenwiege am Salztor des Brauereifabrikates Spangenberg überlassen unter Sicherung des Rückkaufsrechts nach 50 Jahren.

Bei der Unrat, 24. Jan. (Schönbau.) Zum Einkauf von Pflanzen zu Krennwänden hatten sich in der ersten Zeit der Ernte zahlreiche Händler aus Baden und dem Elbisch eingefunden, was bekanntlich ein schnelles Steigen der Preise zur Folge hatte. In einer Verammlung der größeren Brennerer ist kürzlich einstimmig anerkannt worden, daß gerade die Frucht aus dem Saale- und Anhaltelände sich am vorzüglichsten zu Krennwänden eignen. Es kann deshalb die Verhinderung von Pflanzenkäufen nicht zwingend angeordnet werden. Lebhaftige Klagen kommen aus den Kreisen der Obstzüchter darüber, daß das Wild infolge der strengen Kälte großen Schaden an den Obstbäumen durch Abnagen der Rinde anrichtet.

Waren, 23. Januar. (Der „Frühtagm.“) Eine ärgerliche Sache passierte einem außerhalb des Dries wohnhaften Forstbeamten. Dessen Tochter hatte kürzlich in Berlin einen jungen Mann kennen und lieben gelernt. Dieser trat nun zu Bekannten zu dem Eltern des jungen Mädchens, stellte sich als Kriminalbeamter vor und wußte sich auch bald das Vertrauen aller zu gewinnen, so daß man nicht ärgerte, als er um die Hand der Tochter bei den Eltern anbot und um sofortige Verlobung bat. Der „Frühtagm.“ verlebte die meiste Zeit seit Weihnachten im Saale der aufstehenden Schwägerinnen, während man er nach einem Tag um Interesse seines Diensten vertriehen müßte. Doch in das stille Glück rief, die Polizei ein, dem erwarteten ersetzten unter Genarrmerwachmeister und der Polizeiergent mit einem Verhaftesbefehl gegen den Fräutagm, welcher kein Kriminalbeamter, sondern eine freischaffliche verlobte Berlin sein sollte. Bis zum Abgehen des Peronen-Paars erhielt der junge Mann Unterhalt im hiesigen Arresthaus und wurde dann nach dem Amtsgerichtsgefängnis überführt. Allgemein wird hier des jungen Mädchens sowie die Eltern bedauert.

Wesau, 24. Jan. (Wesau Kaiser-) Heute vormittag starb im 64. Lebensjahre der Landtagsabgeordnete Oberamtmann Paul Kaiser-Klein-Bahnack der Vertreter des 2. Wahlkreises des rätigen Landes. Er gehörte dem Landtage ununterbrochen seit 1890 an. Da vor kurzem Oberamtmann Fischer gestorben ist, hat der Landtag binnen wenigen Wochen zwei Mitglieder verloren.

Jena, 24. Jan. (Vorhanswahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse.) Zum Vorsitzenden der Allgemeinen

Ortskrankenkasse Jena wurde bei der dritten Abstimmung Friedrich Anhalt-Körber und zu dessen Stellvertreter der Geschäftsführer Weisser ernannt.

Stimmerda, 24. Jan. (Wegen Einführung des Unterrichts in der Fortbildungsschule) berichten zwischen Handwerk und Innungsmeistern einerseits und der Schulleitung andererseits Meinungsverschiedenheiten. In einem gestern abend im städtischen Schützenhause abgehaltenen Besprechung kam man dahin überein, daß der obstarblichste Unterrichtsleiter bleibt, aber die Schulleitung vertritt, Rücksicht auf die Meister zu nehmen bei Dispensierung der Lehrlinge vom Unterrichts.

Weimar, 24. Jan. (Für die Gebärmutter) des Großherzogs Sachsen ist von der Großherzogin Feodora ein Ehrenkreuz in Befehl einer höheren Klasse gestiftet worden, das jedoch Gebarmutter verleiht wird, die ihren Beruf 25 Jahre hindurch einwandfrei geübt haben.

Glennad, 24. Jan. (Die Gemittigung auf der „Schmiede“) dem weit und breit bekannten Unterrichtslehrer auf dem Thüringer Wald, ist dem Restaurateur Albert Bleichert, früher in Buttha, übertragen worden.

Einzel bei Göttingen, 24. Jan. (Nach 10-tägigem Schlafe) erachte hier das Dienstmädchen Sünke wieder aus ihrer Bewußtlosigkeit. Durch die unzureichende Nahrung fühlt sie sich etwas gekräftigt, sonst ist ihr Zustand gut.

Leipzig, 24. Jan. (8 Millionen für Schulbauten.) Der Rat der Stadt Leipzig beschäftigt, in den nächsten zehn Jahren für Schulbauten acht Millionen Mark auszugeben. Es sollen hauptsächlich neue Volksschulen, aber auch einige höhere Schulen errichtet werden. — Das Projekt des Verbandes der Aussteller der Leipziger Engrosmesse, in der Höhe der Vertriebsabgabe an Gesellschaften einen Zuschlag zu erheben, macht große Fortschritte. Der Leipziger Kredit-Verein hat bereits einen Entwurf für den Bau ausgearbeitet und die Kosten deselben auf 10 Millionen Mark veranschlagt.

Letzte Depeschen.

General v. Krafft entkräftigt seine Worte. München, 23. Januar.

Vom General v. Krafft liegt nunmehr, wie die Blätter melden, noch ein Schreiben an den bayrischen Kriegsminister v. Kreyer vor, in dem der General die mißverständliche Auffassung seiner Ausführungen bei der Gründung des Preußenbundes zu entkräften sucht und warme Worte der Anerkennung für die Leistungen der bayrischen Armee gerade in den Kämpfen von Orleans findet.

Ein erfindender Manöverplan. Leipzig, 23. Januar.

Die Nachricht der „Freiwilligen Zeitung“, wonach infolge einer Winterübung bei Grimma 100 Soldaten mit erkrankten und Liegendmägen im Garnitionsparett liegen, ist vollständig erfinden. Wie das Generalkommando des 19. Armeekorps mitteilt, ist von dem zehn an der großen Winterübung der 24. Division am 14. und 15. Januar beteiligten Regimentern einschließlich der dazu herangezogenen Garnition Mittelburg nur ein Mann (Invalidentegiment Nr. 19) wegen erkrankten Fußes ins Lazarett gekommen.

Maßregeln der Vereinigten Staaten zum Aufstand auf Haiti. Newyork, 24. Januar.

Der Washingtoner Korrespondent der „New York Tribune“ meldet, daß die Vereinigten Staaten schnell Maßregeln zur Unterdrückung des Aufstandes auf Haiti ergreifen werden. Das Panzergeschiff „Montana“ habe Befehl erhalten, nach Haiti abzugehen. Wenn der Aufstand andauere, werde Haiti gezwungen sein, die Bezahlung der am 1. Februar für gewisse Eisenbahnobligationen fälligen Zinsen einzustellen. Unter diesen Umständen werde die Regierung der Vereinigten Staaten sich weigern, die Ausständlichen anzuerkennen, selbst wenn sie die gegenwärtige Regierung fürchten sollten. In diesem Falle werde eine amerikanische Kommission entsandt werden, um die Angelegenheiten Haitis zu regeln und Vorbereitungen für geeignete Maßnahmen zu treffen.

Oesterreich-Ungarn und Rumänien. Budapest, 24. Januar.

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Bukarest Graf Czerny erklärte einem Vertreter eines bulgarischen Blattes: Das Verhältnis zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn hat in letzter Zeit eine gewisse Spannung erfahren, doch hegen die rumänischen Politiker eine aufrichtige gute Meinung zu unserem Staate. Die Frage in Siebenbürgen ist für beide Seiten befriedigend gelöst worden, ebenso ist die nationale Bestimmung des Ministerpräsidenten Grafen Tisza die beste Garantie für eine weitere friedliche Beziehung zwischen Rumänien und uns.

Auflösung des rumänischen Parlamentes. Bukarest, 24. Januar.

Der Ministerpräsident verlas heute im Senat einen Erlass, wodurch das Parlament aufgelöst wurde und die Neuwahlen für den 28. Februar anberaumt wurden. Das neu-gewählte Parlament tritt am 6. März zusammen.

Cabinet u. Wirtshausen Gett
Sonderfüllungen
Stoß u. Zwercher Fremk

Zu beziehen durch den Weinhandel. Vertreter: Carl Wicht, Halle a. Saale, Farnsprecher 3486.





**Jeder Versuch führt unbedingt
zur dauernden Verwendung!**

Halore - Briketts sind in allen
Kohlenhandlungen zu haben, welche durch
das Hallore-Plakat kenntlich gemacht sind.